

Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 60 (1973)
Heft: 20

Rubrik: Aktuelle Kurzmeldungen der "schweizer schule"

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 24.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

nauere Anweisung enthält der Instruktionsbogen.)

Das entwickelte Instrument dürfte in seiner jetzigen Fassung nicht nur eine hinreichend objektive und verlässliche *Unterrichtsbeurteilung* ermöglichen, sondern darüber hinaus eine wertvolle Hilfe und Orientierung für *Ausbildungszwecke* darstellen.

Literaturnachweis

- AEBLI, H. (1961). *Grundformen des Lehrens*. Stuttgart.
— (1963). *Psychologische Didaktik*. Stuttgart.
ANDERSON, H. H. und BREWER, Helen M. (1946). Studies of teachers' classroom personalities II. Effects of teachers' dominative and integrative contacts on children's classroom behavior. In: *Appl. Psychol. Monogr.* 1946, No. 8
BECKER, G. E. (1973). *Optimierung schulischer Gruppenprozesse durch situatives Lehrertraining*. Heidelberg.
BRUNER, J. S. u. a. (1971). *Studien zur kognitiven Entwicklung*. Stuttgart.
FLANDERS, N. A. (1966). *Interaction Analysis in the classroom: A Manual for Observers*. The

University of Michigan, Ann Arbor. Revised Edition.

GRAUMANN, C. F. und HOFER, M. (1973). Lehrerpersönlichkeit und Lehrerverhalten. In: *Funkkolleg Pädagogische Psychologie*, Studienbegleitbrief 6. Weinheim.

LANDSHEERE, de G. (1969). *Einführung in die pädagogische Forschung*. Weinheim.

LEWIN, K. / LIPPIT, R. / WHITE, R. K. (1939). Patterns of aggressive behavior in experimentally created «social climates». In: *Journal of Social Psychology* 10/1939, S. 271–299.

SCHULZ, W. / TESCHNER, W. P. / VOIGT, Jutta (1970). Verhalten im Unterricht. Seine Erfassung durch Beobachtungsverfahren. In: *Handbuch der Unterrichtsforschung, Teil I*. Herausgeber: INGENKAMP, K. / PAREY, E. (1970). Weinheim.

SMITH, B. O. (1959). *A study of the logic of teaching: A report on the first phase of a five-year research project*. Washington, D. C.: U.S. Office of Education (vervielfältigt).

TAUSCH, R. und TAUSCH, A. (1971⁶). *Erziehungspsychologie*. Göttingen.

WATSON, R. I. (1967³). *Psychology of the Child*. New York: Wiley & Sons.

Aktuelle Kurzmeldungen der «schweizer schule»

CH: Neuer Präsident der Hochschulrektoren-Konferenz

Prof. Dr. Max Wehrli, Ordinarius für ältere deutsche Literatur und Alt-Rektor der Universität Zürich, wurde zum neuen Präsidenten der Schweizerischen Hochschulrektoren-Konferenz gewählt. Professor Wehrli hat sein Amt am 1. Oktober angetreten.

CH: Neuer Bildungsartikel gefordert

Im Nationalrat ist ein weiterer Vorstoß für die Schaffung eines neuen Bildungsartikels der Bundesverfassung eingereicht worden. Mit einer Motion wird verlangt, daß das öffentliche Bildungswesen die Schulung und Bildung aller Einwohner gewährleisten muß. Der Bund soll befugt werden, Grundsätze über die Gestaltung des Bildungswesens und die Ausbildungsfinanzierung aufzustellen. Um eine sinnvolle und koordinierte Weiterentwicklung des Bildungswesens zu gewährleisten, wäre ein gemeinsames Organ von Bund und Kantonen einzusetzen. Die Motion

stammt von Nationalrätin Uchtenhagen (soz., Zürich). Gestaltung und Finanzierung des öffentlichen Bildungswesens würden zur gemeinsamen Aufgabe von Bund und Kantonen erklärt. Die Grundsatzgesetzgebung des Bundes hätte die regionalen Unterschiede zu berücksichtigen.

BE: Ausschluß aus der Hochschule angedroht

An einer auf den 24. Oktober angesetzten Generalversammlung wird die Studentenschaft der Universität Bern beschließen, ob sie es in der Kontroverse um den Beitrag an die Kasse für studentische Zwecke zu einer Kraftprobe mit Rektorat und Regierung kommen lassen will. Am Ende des vergangenen Sommersemesters war ein Antrag angenommen worden, demzufolge dieser Beitrag in der Höhe von Fr. 9.50 zu verweigern und der entsprechende Beitrag auf ein besonderes Konto einzuzahlen sei. In der Zwischenzeit hat sich das Bundesgericht mit der Beschwerde der Studentenschaft und der sozial-liberalen Gruppe Bern gegen die umstrittene

Verordnung des Regierungsrates befaßt und entschieden, daß es darauf nicht eintreten könne. Wie der Unipress entnommen werden kann, droht nun das Rektorat jenen Studenten mit dem Ausschluß aus der Universität, welche den Beitrag für die Kasse für studentische Zwecke von den übrigen Gebühren abziehen. Seitens der Studentenschaft wird unterstrichen, daß grundsätzlich für sie der Beschuß der Generalversammlung vom 5. Juni maßgebend bleibe, demzufolge die Studierenden aufgefordert werden, mit der Einbezahlung der Kollegiengelder zuzuwarten, bis an der Generalversammlung vom 24. Oktober über das weitere Vorgehen entschieden wird.

LU: Ja zur Luzerner Universität

Ohne Gegenstimme hat die schweizerische Hochschulkonferenz dem seit Mitte August vorliegenden Planungsbericht für die Gründung der Zentralschweizer Hochschule Luzern zugestimmt. Gleichzeitig beantragte dieses Gremium der Hochschulkantone dem Wissenschaftsrat, die Luzerner Pläne zu genehmigen. Der Wissenschaftsrat wird sich Mitte November mit diesem Antrag befassen. Mit diesem Beschuß ist einer der wichtigsten Vorentscheide auf eidgenössischer Ebene so frühzeitig gefallen, daß der vom Kanton Luzern vorgeschlagene Terminplan weiterhin eingehalten werden kann. Nach wie vor rechnet das luzernische Erziehungsdepartement damit, daß der grundsätzliche Volksentscheid über die Gründung der zentralschweizerischen Hochschule Luzern Ende 1974 stattfinden kann.

Schließlich wurde im Beisein von Vertretern des Kantons Solothurn das Problem eines solothurnischen Beitrags an das schweizerische Hochschulwesen, mit besonderer Berücksichtigung einer sinnvollen Zusammenarbeit zwischen den Kantonen Aargau, Luzern und Solothurn, erörtert.

UR: Kampf dem Lehrermangel

Der Lehrermangel ist auch im Kanton Uri ernsthaft zu spüren. Mehrere Lehrstellen konnten nur mit Seminaristen als Praktikanten oder mit andern unpatentierten Hilfskräften (Studenten) besetzt werden, so 1972 deren 25 in Primarschulen und 12 in Sekundarschulen, 1973: 23 in Primarschulen und 10 in Sekundarschulen.

Trotz einer erfreulich großen Zahl von Urner Seminaristen und Seminaristinnen – zurzeit stehen rund 100 zukünftige Lehrkräfte in Ausbildung – kann der Bedarf im Kanton auch in den nächsten Jahren nicht voll gedeckt werden. Mehrere Kantone kennen die Umschulungskurse für Berufsleute. Da der Kanton Uri allein wohl zu wenig qualifizierte Interessenten hat und der Kanton Schwyz ebenfalls einen solchen Kurs durchführen möchte, ist die Zusammenarbeit zwischen Uri und Schwyz das einzige, was zum Erfolg führen kann.

Die Kosten für den Umschulungskurs wurden auf 240 000 Franken berechnet, abzüglich ca. 28 000 Franken Schulgelder, 212 000 Franken netto. In dieser Berechnung sind die Stipendien und Studiendarlehen nicht berücksichtigt. Man nimmt an, daß zwei Drittel der Kosten auf Schwyz fallen, ein Drittel auf Uri. Demnach würde Uri mit 70 000 Franken belastet, verteilt auf vier Jahre. Diese Berechnungen sind approximativ und hängen von der Zahl der Kursteilnehmer ab. Vorausgesetzt, daß der Umschulungskurs mit der Patentierung von 20 Primarlehrern endet, betragen die Ausbildungskosten pro Absolventen zirka 10 500 Franken. Zum Vergleich sei erwähnt, daß die fünfjährige Ausbildung eines Seminaristen den Kanton zirka 30 000 bis 40 000 Franken kostet. Die Absolventen werden zu fünf Jahren Schuldienst verpflichtet. Damit könnte dem Lehrermangel allmählich wirksam begegnet werden.

UR: Uri tritt neuem Technikum-Konkordat bei

Die Urner Regierung ersucht den Landrat um Genehmigung eines neuen Konkordates betreffend das Zentralschweizerische Technikum in Luzern. Gleichzeitig soll das Parlament den Stimmberichtigten eine Kreditvorlage unterbreiten, die einen einmaligen Baubetrag von 728 000 Franken und einen jährlich wiederkehrenden Betriebskostenbeitrag von 65 000 Franken vorsieht, der ab 1975 der Teuerung anzupassen sein wird. Gemäß Konkordatsvertrag von 1968 betrug der jährliche Anteil des Kantons Uri an den Betriebskosten 35 000 Franken. Der Beitritt zum Konkordat wird erst nach Zustimmung des Volkes zum Kreditantrag rechtswirksam. In den vergangenen 15 Jahren erlangten 62 Urner Studenten am Zentralschweizerischen Technikum ein Diplom.

GL: Große kantonale Schulbauten im Glarnerland

In Glarus haben die Behörden, die Lehrerschaft und die Schüler kürzlich die Grundsteinlegung für den von der Landsgemeinde 1972 beschlossenen Neubau der Kantonsschule gefeiert. Mit diesem ersten Schulhaus überhaupt, das der Kanton Glarus selber baut, soll 1976 oder genau 20 Jahre nach der Kantonsschulgründung das Provisorium im alten Stadtschulhaus von Glarus zu Ende gehen. Gleichzeitig wird beim Bezug des Neubaus die Kantonsschule organisatorisch völlig von der Sekundarschule abgetrennt. Der Neubau wird bei Vollbelegung zwischen 500 und 600 Mittelschülern Platz bieten.

In die gleiche Bauzeit fällt mit Baubeginn im kommenden Frühjahr die Schaffung der neuen gewerblichen Berufsschule in Niederurnen für den Kanton Glarus und die angrenzenden außerkantonalen Regionen. Für diesen Schulneubau im Kostenbedarf von 14 Millionen Franken hat die diesjährige Glarner Landsgemeinde einen Kredit von 9,35 Millionen Franken gesprochen.

BS: Basler Schulklassen sollen kleiner werden

Die Gewerkschaft Erziehung in Basel hat der Staatskanzlei ein mit etwa 9500 Unterschriften versehenes Volksbegehren eingereicht, in welchem eine Reduktion der Schülerzahlen pro Klasse innert fünf Jahren verlangt wird.

Im einzelnen soll die Schülerzahl höchstens 25 in den Primarschulen mit Abteilungsunterricht, in den Realschulen, in der Unter- und der Oberstufe der Gymnasien, in der Mädchenoberschule und in der Handelsschule, 20 in den Kindergärten, in den Primarschulen ohne Abteilungsunterricht und in der Sekundarschule, 16 in den Werkklassen und 14 in den Sonderschulen betragen. Solange eine Klasse zwei Drittels des gesetzlichen Höchststandes erreicht, darf sie nicht aufgelöst werden, und wo pädagogische Notwendigkeiten es erfordern, sind kleine Klassen zu bilden.

SG: Schulverschmelzung in Degersheim

Mit 2008 Ja gegen 458 Nein haben die verschiedenen Schulträger der politischen Gemeinde Degersheim der Zusammenlegung ihrer Schulgemeinden zugestimmt. Die auf 1. Januar 1974 Rechtskraft erlangende Schulgemeinde Degersheim setzt sich bis heute aus der Gemeindeskundarschule Degersheim, der katholischen und der evangelischen Primarschule Degersheim, der Primarschule Magdenau und der Dorfkorporation Degersheim (Kindergarten) zusammen.

SG: Oberstufenreform im Kanton St. Gallen

Der St. Galler Regierungsrat hat in erster Lesung eine Teilrevision des Erziehungsgesetzes beraten, die vor allem Reformen der Oberstufe, des Sonderschulwesens, der Inspektion der Volksschule, eine Neuregelung der Aufsicht über die kantonalen Mittelschulen und die gesetzliche Verankerung des Sonderkurses und des Umschulungskurses am Lehrerseminar in Rorschach zum Gegenstand hat.

Die Reform der Volksschuloberstufe verfolgt das Ziel, die Sekundarklassen, die Primarabschlußklassen (7. bis 9. Schuljahr) und die Oberstufe der Hilfsschulen räumlich in Oberstufenzentren zusammenzufassen. Die drei Schultypen kommen zwar organisatorisch unter die gleiche Leitung, bleiben aber pädagogisch selbstständig. Das Oberstufenzentrum soll einen vielseitigen Einsatz von Unterrichtshilfen und -räumen gewährleisten. In einem späteren Zeitpunkt soll auch die Abschlußklassenlehrer-Ausbildung (Fachlehrersystem) in einer zweisemestrigen Zusatzausbildung an der sankt-gallischen Sekundarschule erfolgen. Die Bestimmungen über die Sonderschule, Nachhilfestunden und Förderklassen des Erziehungsgesetzes werden den modernen pädagogischen Einsichten angepaßt. Nicht nur lernbehinderte,

sondern auch die nur teilweise schulreifen sowie die verhaltens- und leistungsgestörten Kinder sollen in Kleinklassen oder mit therapeutischen Maßnahmen gefördert werden.

Die Reform der Volksschulaufsicht sieht vor, daß neben den Bezirksschulräten, die nach wie vor die Hauptverantwortung in der Inspektion tragen, neu der hauptamtliche Lehrerberater und der nebenamtliche Fachberater eingesetzt werden. Für die Beaufsichtigung der Kantonsschule und der Lehrerbildungsanstalten werden den Aufsichtskommissionen vermehrte Aufgaben übertragen.

AG: Aargauer Lehrer für fakultative Weiterbildungskurse

Die Mehrheit der Aargauer Lehrer (68,4 Prozent), die an der Umfrage zur Gestaltung der Lehrerfortbildung im Aargau teilgenommen haben, begrüßt obligatorische Kurse zur Einführung neuer Lehrmittel und Methoden. Im übrigen sollen die Kurse ihrer Meinung nach aber fakultativ sein. 71,1 Prozent halten dafür, daß die Kurse teils in der Schulzeit und teils in den Ferien stattfinden sollen. Ein neues aargauisches Reglement verpflichtet nun die Lehrer, während 20 Tagen innerhalb von fünf Jahren Weiterbildungskurse zu besuchen.

An der 1972 veranstalteten Umfrage des aargauischen Erziehungsdepartementes beteiligten sich 67,3 Prozent der Lehrkräfte. Davon möchten 25,2 Prozent ein neues pädagogisch-methodisches Wissen vermittelt bekommen und 19,3 Prozent fachliches Spezialwissen. Aber auch die Einführung von neuen Methoden würde 15 Prozent interessieren. Besonders der schwierigen und schwachen Schüler möchte man sich besser annehmen können: 31,8 Prozent der Lehrer würden Kurse darüber begrüßen. Auch Notengebung (21,7 Prozent) und Erziehungsziele (22,6 Prozent) interessieren allgemein.

AG: Aargau bekommt Hochschulgeld

Gemäß dem heute geltenden Bundesgesetz über die Hochschulförderung hat der Bundesrat darüber zu entscheiden, welche universitären Betriebe und welche Vorbereitungsstufen zu solchen beitragsberechtigt sind. Im Fall der Pläne für ein Hochschulinstitut für Bildungswissenschaften im Kanton Aargau hat der Bundesrat in einer Sitzung diese Beitragsberechtigung bestätigt. Die Anerkennung wurde rückwirkend auf den Januar 1972 ausgesprochen und dauert bis zum Abschluß der Arbeiten auf dieser Stufe.

Es werden dem Kanton Aargau 50 Prozent für die Planungs- und 30 Prozent für die Forschungsaufwendungen geleistet. Dem Kanton wurde dabei die Auflage gemacht, die Koordination des Projektes mit den anderen Neugründungsvorha-

ben, insbesondere mit demjenigen in Luzern, weiterzuführen.

AG: Noch keine Mittelschule für Freiamt!

Der Kanton hat momentan zu wenig Geld, so daß, wie der Präsident der Arbeitsgruppe Mittelschule Freiamt, F. Stäuble, Wohlen, an einer Pressekonferenz mitteilte, der Bau einer Kantonsschule Freiamt in die achtziger Jahre hinausgeschoben werden muß. Geplant war, diese zwischen 1975 und 1980 oder sogar noch früher zu bauen.

AG: Die Gesamtschulversuche im Aargau

Als Gegenbewegung zu einem im Sommer von 189 Lehrern unterbreiteten Manifest (betitelt «Das

heiße Eisen»), worin die im aargauischen Regierungsprogramm vorgeschlagenen Gesamtschulversuche konsequent abgelehnt werden, will sich eine nunmehr in der «Aargauischen Lehrerzeitung» publizierte Eingabe von etwa 200 Lehrkräften verstanden wissen. Diese Lehrer wollen nicht eine Stellungnahme für oder gegen die Gesamtschule abgeben, sondern vielfältige Möglichkeiten für Versuche offenhalten, damit Erfahrungen für spätere Entscheidungen gesammelt werden können.

Der Aargauer Regierungsrat hat in seinem Regierungsprogramm 1973–1977 drei Gesamtschulversuche vorgeschlagen. Der Große Rat wird noch in diesem Monat über das Programm befinden.

Umschau

Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren – Pädagogische Kommission

Die Pädagogische Kommission der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren führte Ende September ihre 7. Sitzung des Jahres 1973 durch. Ihr Arbeitsausschuß «Mathematik» beabsichtigt, seine Arbeit auf den gegenwärtigen Stand und die Tendenzen der Erneuerungsarbeiten im Mathematikunterricht abzustützen. Um diese genau kennen zu lernen, arbeitet er gegenwärtig einen Fragebogen aus, welcher anfangs 1974 bei den Lehrerorganisationen und den Erziehungsdepartementen in Umlauf sein wird. Ein zweiter Teil des Fragebogens enthält Vorschläge darüber, wie man eine Reform und Koordination des Mathematikunterrichts in der Schweiz organisatorisch einleiten kann; eine möglichst vielfältige Stellungnahme dazu ist erwünscht.

Die Pädagogische Kommission verabschiedete ferner zwei Mandatsentwürfe zuhanden des EDK-Vorstandes. Darin werden die Auswertungen der Vernehmlassungen über die Berichte «Mittelschule von morgen» und «Lehrerbildung von morgen» geregelt. Die Mandate sehen in beiden Fällen eine kleine Kommission vor, welche für die Auswertung verantwortlich gemacht wird.

Zuhandens des Vorstandes und der Plenarversammlung der EDK vom 25./26. Oktober 1973 verabschiedete die Pädagogische Kommission des weitern «Empfehlungen für die Erleichterung des Schulübergangs von Kanton zu Kanton». Diese Empfehlungen standen bei den Lehrerorganisationen und den kantonalen Erziehungsdepartementen in Vernehmlassung. Sie wurden im Sinne von Sofortmaßnahmen ausgearbeitet, die von

den Kantonen verwirklicht werden können, solange die Schulsysteme und Lehrprogramme der Kantone nicht koordiniert sind. Ihre Koordination bleibt das Ziel des interkantonalen Schulkonkordates.

Der Pädagoge Neill gestorben

Der bekannte Pädagoge Alexander Sutherland Neill ist im Alter von 90 Jahren in der südenglischen Stadt Aldeburgh gestorben. Seine Schule «Summerhill» war weit über die Grenzen Großbritanniens hinaus bekannt.

Sein 1962 veröffentlichtes Buch «Summerhill» hatte besonders in der BRD großes Aufsehen erregt. Viele Eltern schickten ihre Kinder in seine Schule in Leiston, in der südostenglischen Grafschaft Suffolk. Bevor er 1924 sein Schulexperiment «Summerhill» mit zunächst nur fünf Schülern gründete, hatte Neill in Dresden die berühmte Internationale Schule mitaufgebaut und anschließend eine eigene Schule in Österreich ins Leben gerufen.

Vorschulbildung – Vorschulpolitik *

Langsam wird auch in der Schweiz der Vorschulbildung vermehrte Aufmerksamkeit geschenkt und ihre Bedeutung erkannt. Warum und wie man tatkräftig das Bildungsproblem der Kinder im Vorschulalter in Zukunft angehen sollte, versuchen Kurt Lüscher, Professor für Soziologie, Verena Ritter, diplomierte Sozialarbeiterin, und Peter Groß, Assistent im Fachbereich Soziologie, in ihrem gemeinsam herausgegebenen Buch «Vorschulbildung – Vorschulpolitik» in Form von Analysen, Vorschlägen und Forderungen darzustellen.

Von besonderem Interesse ist die Tatsache, daß es sich um eine Dokumentation der gegenwärti-